

## PRESSEMELDUNG (02.06.2016)

*Untergrombach.* Der voraussichtliche Termin der Bürgerinformationsveranstaltung zu den laufenden Planungen der Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Untergrombach findet am 23. Juni 2016, 19 Uhr, in der Bundschuhhalle statt.

### **Der Gemeinderatsbeschluss**

Per Gemeinderatsbeschluss vom 03.05.2016 sieht das aktuelle Vorgehen unter Federführung von Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick und Ortsvorsteher Karl Mängei die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für den Standort Walkartswiesen vor. Die Bürgerinitiative hat diesem Beschluss inklusive Begründung am 11.05.2016 widersprochen. Die Oberbürgermeisterin hat daraufhin mit Schreiben vom 20.05.2016 die erneute bzw. zusätzliche Proofing der von der Initiative vorgeschlagenen Standorte zugesichert. Der Landrat hat am 19.05.2016 schriftlich reagiert und die Notwendigkeit einer Fläche zur Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft bestätigt.

### **Ziel der Bürgerinitiative**

Ziel der Initiative ist es, die gegebenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an politischen Vorgängen auszuschöpfen, um der Umsetzung des aktuellen Beschlusses entgegen zu treten. Wenn diese nicht ausreichen sollten, werden juristische Schritte in die Wege geleitet. Alle laufenden Aktivitäten der Initiative werden seit dem 14.05.2016 auf der extra hierfür gebauten Homepage [www.buergerinitiative-fluechtlinge-untergrombach.de](http://www.buergerinitiative-fluechtlinge-untergrombach.de) dargestellt. Dort ist auch der in dieser Info eingangs angeführte Widerspruch mit unserem Antrag zuzüglich Anlagen jederzeit verfügbar und öffentlich zugänglich.

### **Unsere Grundhaltung**

Aus gegebenem Anlass ist uns an dieser Stelle wichtig, deutlich hervorzuheben, dass wir bei allen derzeit zu diskutierenden und klärenden Fragen im Thema grundsätzlich eher darüber beschämt sind, wie über Menschen, die bei uns, in Untergrombach, Zuflucht benötigen, gesprochen und entschieden wird!

Schuld daran haben allerdings - aus unserer Sicht- unsere politischen Vertreter.

Wir fordern unser Recht ein, in die politische Willensbildung mit einbezogen zu werden. Der Gemeinderat ist verpflichtet, Ideen und Entscheidungen für Untergrombach zu entwickeln, die schlüssig sind und letztlich von der Breite befürwortet werden können. Negativ gesprochen geht es uns darum, dass wir erreichen wollen, dass alle Untergrombacher sich einig darüber werden, was „als kleinstes Übel“ für jeden akzeptierbar ist. Positiv ausgelegt sollte es für alle Untergrombacher das anzustrebende Ziel sein, gemeinsam mit den politischen Vertretern einen „Masterplan Asyl“ für Untergrombach zu entwickeln, der sozialverträglich ausgerichtet ist und mit dem sich vielleicht auch Chancen trotz oder gerade wegen der „Flüchtlinge“ für die Stärkung der Dorfgemeinschaft ergeben.

### **Politische Haltungen**

Ein Pauschalrezept für eine sozialverträgliche Asylpolitik gibt es leider nicht. Beschlüsse, wie sie der bisherigen Ausarbeitung für die Fläche Walkartswiesen zugrundeliegen, sind deshalb kritisch zu hinterfragen und aufgrund der bisherigen Informationslage keineswegs zu bejaen. Auch heute sind wir davon überzeugt, dass es richtig ist, dem bisherigen Gemeinderatsbeschluss zu widersprechen. Darin bestätigt uns auch eine schriftliche Stellungnahme zu den Vorgängen seitens des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Kreistag, Markus Rupp. Die SPD im Kreistag hat unmissverständlich Stellung zu kleinen, dezentralen, Lösungen bezogen. In Expertenkreisen ist es unbestritten, dass kleinere Einheiten für eine bessere soziale Durchmischung der Wohnquartiere sorgen und damit eher

integrationsfördernde Wirkung besitzen als große Einheiten an einem Standort. Die SPD Mitglieder im Gemeinde- und im Ortschaftsrat interessieren sich offensichtlich für parteiinterne Vorgaben wenig, ignorieren sie gar.

Wenn es diese Vorgaben aus dem Kreistag gibt, warum wollen unsere politischen Vertreter "auf Teufel komm raus" eine große und teure Lösung in Festbauweise für mindestens 20 Jahre? Wie will die Stadt in dem Zusammenhang eigentlich verhindern, dass sich ein Investor und Betreiber aufgrund sinkender Flüchtlingszahlen eine „goldene Nase“ an einer vielleicht bald leer stehenden Unterkunft verdient?

Gemeinde- und Ortschaftsrat sagen aus, dass Neubauten vorgegeben werden und mobile Lösungen zu teuer sind. Von der Umnutzung von leer stehenden Bestandsimmobilien (z.B. Verwaltungsstelle in Untergrombach) möchte keiner was wissen.

Warum? Wessen Anliegen werden hier nun wirklich vertreten, die des Bürgers, des Flüchtlings, oder stehen ausschließlich Geld – und Machtinteressen bei Investoren und Politikern im Vordergrund in Anbetracht scheinbar unerschöpflicher Fördermittel des Bundes und des Landes für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen?

Wir sagen deshalb ...

JA zur humanitären und sozialen Verantwortung gegenüber Flüchtlingen

NEIN zu Populismus, Fremdenfeindlichkeit, politische Selbstgefälligkeit, Fahrlässigkeit und Behördenwillkür!

### **Komplizierte Begriffswelt - Masterplan Asyl, Asylsuchender, Asylbewerber, anerkannter Flüchtling, Migrant, Gemeinschaftsunterkunft, Anschlussunterbringung, Integration etc.**

Nahezu inflationär werden von Stadtverwaltung wie Ortsverwaltung v.a. die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Flüchtlingsunterbringung“ zur pauschalen Abhandlung von Verfahrensweisen im Thema verwendet. Tatsache ist, dass sich die Verfahren teilweise grundlegend in ihren Auswirkungen auf die Stadtteilentwicklung, in ihren Einflüssen auf besondere Belange z.B. von Nachbarn, Immobilieneigentümern, örtlichen Firmen und Dienstleistern, unterscheiden.

So umfasst ein Masterplan Asyl eben mehr als den Vorgang der Flüchtlingsunterbringung. Aus der Flüchtlingsunterbringung resultierende Integrationsanforderungen unterscheiden sich in ihrem „Schwierigkeitsgrad“, je nachdem ob z.B. eine Gemeinschaftsunterkunft oder eine Anschlussunterbringung eingerichtet wird, ob ein Bewohner ein anerkannter Flüchtling ist oder in Untergrombach deshalb untergebracht werden muss, weil sein Abschiebungsverfahren andauert.

Die politischen Verantwortungsträger sind gefordert, verantwortungsvoll und sensibel mit Unterschieden umzugehen und Begrifflichkeiten korrekt und unmissverständlich zu verwenden.

### **Bürgerinformationsveranstaltung**

Der Bürger darf von der angekündigten Veranstaltung erwarten, dass dort von den Verantwortungsträgern über die Qualitätsunterschiede von Lösungskonzepten für Untergrombach nachvollziehbar und verständlich informiert wird. Nur so ist es nämlich einem „normalen Bürger“ möglich, in den Raum gestellte Unterbringungszahlen, Überlegungen zur „Lastenverteilung“ in der Gesamtstadt, Standortprüfungen, Gebäudegrößen, Begründungen für einen Neubau, Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung von Ghettoisierung, genannte Zeitfenster etc. zu verstehen und damit ein „gesundes“ objektives Bild von den Gegebenheiten zu entwickeln. Linker und rechter Populismus gibt es derzeit genug, den auch die Bürgerinitiative häufiger erreicht und den wir ablehnen. Wir respektieren jede Meinung, solange sie nicht persönlich beleidigend „unter der Gürtellinie“ geäußert wird. Wie sich der Sachstand zu den Planungen für Untergrombach aus unserer Sicht derzeit darstellt, haben wir versucht in den Bürger-Infos 01 und 02 zu erklären.

### **Auswertung der bisherigen Webaktivitäten**

Neben einer Homepage hat die Bürgerinitiative eine facebook-Seite erstellt. An diesem

„virtuellen Stammtisch“ besteht die Möglichkeit des Dialogs und für uns als Initiative die Chance, kritisch unser eigenes Vorgehen zu überdenken und gegebenenfalls anzupassen. Wir haben jüngst die gegebenen Möglichkeiten der Analyse unserer webbasierten Aktivitäten genutzt und können hier über folgende Ersterkenntnisse informieren: -Rund 3.000 Bürgerinnen und Bürger haben bisher die Beiträge auf der seit rund vier Wochen bestehenden facebook-Seite gelesen, häufig weitergeleitet und damit die Reichweite der Beiträge zusätzlich vergrößert. – Die Statistik zeigt auch, dass die Planungen zur Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach schon längst über die Dorfgrenzen hinweg verfolgt werden, auch immer stärker in Karlsruhe. Vielleicht haben die politischen Vertreter eine Erklärung hierfür?! – Die Homepage der Bürgerinitiative hat durch das Angebot der Kontaktaufnahme zur Initiative aktuell sehr viele persönliche Kontakte zu Familien, Bürgerinnen und Bürgern in Untergrombach knüpfen können, welche die Haltung der Initiative und das aktuelle Vorgehen teilen. Dabei ist festzuhalten, dass diese Bewohner nicht nur im Sand II, sondern im gesamten Dorf verteilt wohnen und leben.

#### **Alternative Standorte zur Fläche „Walkartswiesen“**

Wie auch im BNN Bericht vom 31.05.2016 informiert wird, tut sich derzeit etwas, was die Proofing von alternativen Flächen gegenüber der Fläche Walkartswiesen angeht. Konkret geht es dabei um Ackerflächen am „Rötzenweg“. Der Standort „Rötzenweg“ ist ein Standort von zwölf Flächenvorschlägen der Bürgerinitiative, die mit dem Widerspruch an die Gremienmitglieder zur Proofing beantragt wurden.